

3. VOLKSINITIATIVE «ENERGIE- STATT MEHRWERT- STEUER»

3.1 Ausgangslage

Zur Sicherung der Energiewende verlangte die Grünliberale Partei (GLP) in ihrer Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» die Erhebung einer Steuer auf Einfuhr und inländische Erzeugung nicht erneuerbarer Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran. Um einen Anstieg der Steuerbelastung für Individuen und Unternehmen zu verhindern, sah die Initiative im Gegenzug die Abschaffung der Mehrwertsteuer (MWST) vor. Die Höhe der neuen Steuer auf nicht erneuerbare Energien sollte so festgelegt werden, dass die Energiesteuer dem Staat gleich hohe Einnahmen garantiert, wie bisher durch die Mehrwertsteuer eingenommen wurden.

Die Initiative der GLP wurde von der Grünen Partei (GPS) und den Umweltverbänden unterstützt. Keine Unterstützung erfuhr die erste Volksinitiative der noch jungen GLP hingegen vonseiten der Sozialdemokratischen Partei (SP), die Umweltanliegen häufig unterstützt. Die SP zeigte sich besonders in Bezug auf die Verteilungswirkungen der neuen Steuer besorgt und machte geltend, dass Personen und Familien mit kleinem Einkommen überproportional stark von der Energiesteuer betroffen wären. Darüber hinaus wurde von allen Parteien, die sich gegen die Initiative stellten, ein fundamentaler Konstruktionsfehler der vorgeschlagenen Energiesteuer beklagt: Sobald die Steuer auf nicht erneuerbare Energien ihr Ziel erreicht habe, und der Energieverbrauch entsprechend abnähme, würden gleichzeitig die Staatseinnahmen sinken. Um ein festes Einnahmeziel zu erreichen, müsste die Steuer (und damit die Preise für nicht erneuerbare Energie) stetig steigen. Die Gegner der Initiative befürchteten deshalb eine starke Erhöhung der Energiepreise mit unabsehbaren Folgen für die Schweizer Wirtschaft.

Aus diesen Gründen empfahlen Bundesrat und Parlament die Initiative zur Ablehnung. In der Schlussabstimmung wurde die ablehnende Abstimmungsempfehlung im Ständerat mit 40 gegen 3 Stimmen bei zwei Enthaltungen und im Nationalrat mit 171 gegen 27 Stimmen der grünliberalen und grünen Fraktion angenommen. Ein Antrag zu einem Gegenvorschlag wurde abgelehnt.

Die Volksinitiative kam am 8. März 2015 vor das Volk. Die Argumente der Grünliberalen konnten offenbar nicht überzeugen: Die Initiative wurde mit 92.0% Nein-Stimmen äusserst deutlich verworfen. Nur einmal in der Geschichte der Schweizer Initiativen war eine Vorlage noch deutlicher abgelehnt worden: Die «Getreideinitiative» im Jahr 1929 (97.3% Nein).

3.2 Das Profil der Stimmenden

Obwohl im Allgemeinen von einer Ablehnung der Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» ausgegangen wurde, überraschte die Deutlichkeit des Resultats. In der Analyse zeigt sich denn auch, dass die Energiesteuer in praktisch allen Teilen der Bevölkerung Schiffbruch erlitt. Selbst bei Befragten, die sich selber als politisch links stehend einordnen, stiess die Initiative der Grünliberalen auf wenig Gegenliebe. Nicht einmal jede/r fünfte Befragte aus dem linken Lager legte ein Ja in die Urne. Verglichen mit anderen Initiativen zur Steuerung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energien sind dies ausserordentlich tiefe Werte.⁷ Offenbar wogen die sozialen und finanzpolitischen Auswirkungen der Energiesteuer schwerer als der grüne Kern der Initiative, die zur Sicherung der Energiewende lanciert worden war.

Die breite Ablehnung der Initiative und ein kaum vorhandener Links-Rechts-Konflikt wider spiegeln sich auch im Entscheid der verschiedenen Parteidurchsetzungen. Die Anhängerschaft aller Bundesratsparteien lehnte die Energiesteuer überwiegend bis fast einheitlich ab. Die höchste Zustimmungsrate erreichte die Initiative unter CVP-Wählenden – allerdings legte auch hier gerade jede/r Achte ein Ja in die Urne (12%). Bei der SP-Gefolgschaft betrug die Zustimmung magere 7% und unter Wählenden der rechtsbürgerlichen Parteien FDP und SVP sind Befürwortende der Energiesteuer gar eine echte Rarität (2%).

Leider sind die Fallzahlen zu Wählenden derjenigen Parteien, welche die Energiesteuer aktiv unterstützt haben, klein und lassen keine statistisch belastbaren Aussagen zu. Die vorhandenen Daten legen aber nahe, dass selbst die Anhängerinnen und Anhänger der GLP und GPS nicht geschlossen hinter dem Anliegen standen und etliche Wählende trotz Sympathie für die Urheberschaft der Initiative Nein stimmten.

Ein ähnliches Ergebnis liefert die Aufgliederung nach bestimmten Wertvorstellungen. Sogar Stimmende, die Umweltschutz im Allgemeinen über reines Wirtschaftswachstum stellen, konnten der Einführung einer Energiesteuer wenig abgewinnen. Nur 14% von ihnen stimmten für die Initiative. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass die schwache Unterstützung für die Energiesteuer nicht primär auf ökologischen Motiven gründete, sondern soziale oder fiskal- und wirtschaftspolitische Überlegungen zur massiven Ablehnung geführt hatten.

Die GLP machte geltend, dass mit dem Ersatz der Mehrwertsteuer durch die Energiesteuer eine liberale Lösung zur Umsetzung der Energiewende vorliege, die ohne Subventionen auskomme und Bürokratie reduziere.⁸ Diese marktwirtschaftlich orientierte Argumentation schien aber auch Befürwortende eines schlanken Staates nicht zu überzeugen: Nur gut 5% sprachen sich für die Initiative aus. Bei Wählenden, die sich einen starken Staat wünschen erzielte die Energiesteuer hingegen etwas höhere Popularitätswerte (18% Ja-Stimmen).

⁷ Die Initiative «Strom ohne Atom», über die im Jahr 2003 abgestimmt wurde und den mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie verlangte, wurde von einer Mehrheit des linken Lagers (55% links, 75% linksaußen) bzw. der SP-Wählerschaft (61%) unterstützt [VOX Nr. 81].

⁸ Martin Bäumle, Präsident der GLP, liess sich im Abstimmungsbüchlein wie folgt zitieren: «Die Initiative ist der Königsweg für die Umsetzung der Energiewende: wirksam, liberal, ohne Subventionen und bürokratische Regulierungen.»

Tabelle 3.1: Energiesteuer – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden

Merkmale/Kategorien	% Ja	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	8	995	
Parteiverbundenheit			V = .48***
SP – Sozialdemokratische Partei	7	206	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	12	56	
FDP.Die Liberalen	2	139	
SVP – Schweizerische Volkspartei	2	169	
Grüne	(66)	34	
GLP – Grünliberale Partei	(23)	39	
BDP – Bürgerlich Demokratische Partei	(4)	25	
Keine Partei	4	173	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V = .21***
Links aussen	11	126	
Links	17	206	
Mitte	5	268	
Rechts	5	192	
Rechts aussen	3	146	
Weiss nicht	(12)	40	
Wertvorstellung: Umwelt vs. Wirtschaft			V = .19***
Umwelt	14	398	
Gemischt	4	470	
Wohlstand	5	108	
Wertvorstellung: Mehr vs. Weniger Staat			V = .15***
Mehr Staat	18	115	
Gemischt	9	339	
Weniger Staat	6	513	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 4 «Zur Methode».

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter fünfzig liegt und keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

Nachdem sich politische Einstellungen als relativ schwache Erklärungsfaktoren für oder wider die Energiesteuer herausgestellt haben, soll als nächstes der Einfluss soziodemografischer Merkmale untersucht werden.

Ein leicht positiver Zusammenhang kann zwischen formaler Schulbildung und Popularität der GLP-Initiative beobachtet werden. Dabei fällt vor allem die erhöhte Zustimmung unter UniversitätsabsolventInnen auf. Hier erreichte die Energieinitiative immerhin einen Ja-Stimmen-Anteil von rund 15%. Kein eindeutiger Zusammenhang scheint zwischen dem Alter der Befragten und dem Abstimmungsentscheid zu bestehen. Am ehesten wurde die Initiative von Befragten mittleren Alters (40–49 Jahre) befürwortet, unterdurchschnittlich stark hingegen von jungen und älteren Befragten. Auch Geschlechterunterschiede sind nur schwach ausgeprägt: Männer und Frauen haben die Energieinitiative ähnlich deutlich abgelehnt (mit 90 bzw. 93% Nein-Stimmen).

Die Energiesteuer wurde vom linken Lager unter anderem aufgrund der als unfair erachteten Verteilungswirkungen abgelehnt. Weil Haushalte mit tiefem Einkommen einen prozentual grösseren Anteil des Gesamtbudgets für Energie ausgeben müssen, wurde erwartet, dass ärmerle Haushalte verhältnismässig stärker von einer Energiesteuer betroffen wären. Hat dies zu grösserer Ablehnung unter Befragten mit tiefem Einkommen geführt? Kaum. Auch über die verschiedenen Einkommensgruppen hinweg sind nur sehr kleine Differenzen in der Zustimmung zur Energiesteuer zu beobachten. Die leicht erhöhte Popularität unter Haushalten mit hohem Einkommen ist dabei primär dem durchschnittlich höheren Bildungsniveau dieser Personen geschuldet.

**Tabelle 3.2: Energiesteuer – Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen
in Prozent der Ja-Stimmenden**

Merkmale/Kategorien	% Ja	n	Korrelations-koeffizient*
Total VOX (gewichtet)	8	995	
Bildung			V = .14**
Obligatorische Schule	(6)	40	
Berufslehre	6	334	
Matur/Primarlehrer	3	78	
Fach-/Berufsausbildung	9	112	
Höhere Fachschule	6	94	
ETH/FHS	10	150	
Universität	15	178	
Geschlecht			V = .07*
Mann	10	500	
Frau	7	494	
Alter			V = .12*
18 bis 29 Jahre	7	58	
30 bis 39 Jahre	11	176	
40 bis 49 Jahre	14	134	
50 bis 59 Jahre	8	198	
60 bis 69 Jahre	5	217	
70 Jahre und mehr	7	211	
Haushaltseinkommen			n.s.
Unter Fr. 5000.–	6	240	
Zwischen Fr. 5000.– und Fr. 9000.–	9	383	
Mehr als Fr. 9000.–	10	257	

* Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 4 «Zur Methode».

Die Zahlen in runden Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter fünfzig liegt und keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

3.3 Wahrnehmung

Bei den inhaltlichen Nennungen fällt auf, dass die Initiative von einem Grossteil der Befragten primär in einem fiskalpolitischen Licht betrachtet wurde. Der Umbau des Steuersystems oder die Abschaffung der Mehrwertsteuer wurden mit Abstand am häufigsten erwähnt. Insgesamt nannte die Hälfte der Befragten einen Inhalt mit Bezug auf das Steuersystem, unter den effektiv Teilnehmenden steigt dieser Wert gar auf rund drei Viertel. Ökologische Inhalte schienen hingegen deutlich in den Hintergrund gerückt zu sein: Nur knapp 5% nannten entweder die Besteuerung nicht erneuerbarer Energien, die Energiewende oder Reduzie-

itung des Energieverbrauchs als zentrale Komponente der Vorlage. Dieser Anteil steigt nur unwesentlich, wenn man Teilnehmende der Abstimmung separat betrachtet. Offensichtlich dominierten in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten die Abschaffung der Mehrwertsteuer und die Reform des Steuersystems. Der GLP gelang es scheinbar nur ungenügend, die Implikationen für die Umwelt hervorzuheben und die Energiesteuer damit deutlicher ökologisch zu positionieren.

Die verhältnismässig hohe Anzahl an Personen, die keine Angaben zum Inhalt der Initiative machen konnte, lässt ausserdem auf einen relativ geringen Informationsstand in der Stimmbevölkerung schliessen. Eine Mehrheit der Befragten, die der Urne am Abstimmungssonntag fernblieb, konnte trotz informativem Titel der Initiative keinerlei Aussage zu deren Inhalt machen. Es scheint, dass sowohl die öffentliche Debatte um die Vorlage als auch die politische Kampagne beider Lager von einem beachtlichen Teil der Stimmbevölkerung kaum wahrgenommen wurde.

**Tabelle 3.3: Energiesteuer – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der Stimmberechtigten
(nur Erstnennungen)**

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nicht-Stimmende	
	%	n	%	n	%	n
Umbau Steuermodell/Abschaffung MWST	50	758	74	472	33	285
Steuer auf nicht erneuerbare Energie	3	46	4	27	2	19
Umweltschutz	2	25	1	9	2	16
Belastung bestimmter Gruppen (Autofahrer, Arme, ...)	2	29	2	12	2	17
Anderes («Grüne», «zu teuer», Energie)	3	42	4	26	2	16
Inhaltlich falsche Äusserungen	1	16	1	5	1	12
Weiss nicht / keine Antwort	40	598	13	84	58	511
Total	100	1513	100	634	100	875

* Die Aussagen wurden nach Teilnahme gewichtet.

© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

3.4 Die Stimmmotive

Wenig überraschend machte ein Grossteil der Befürwortenden der GLP-Initiative ökologische Gründe für ihre Entscheidung geltend. Das meistgenannte Motiv für ein Ja war eindeutig die erwartete Wirkung der Energiesteuer hinsichtlich der Erreichung gesetzter Umweltziele (Energiewende, Klimawandel bekämpfen, Umweltschutz allgemein). Eng damit verbunden ist der am zweitmeisten erwähnte Grund für die Unterstützung der Vorlage, der sich spezifisch auf die Reduktion des Energieverbrauchs bezog. Die Ja-Stimmenden setzten also ganz auf die Lenkungswirkung erhöhter Energiepreise und waren überzeugt von den positiven Auswirkungen einer Energiesteuer auf Klima und Umwelt.

Der Entscheid zugunsten der GLP-Initiative erscheint damit grossmehrheitlich ökologisch motiviert. Der steuertechnische Systemwechsel war für die AnhängerInnen der Initiative höchstens zweitrangig und schien kein zentraler Treiber hinter der Entscheidung für die Energiesteuer. Nur wenige zustimmende Befragte lobten explizit den Umbau des Steuersystems.

Ein ganz anderes Bild bietet sich bei Betrachtung der Hauptmotive gegen die Energiesteuer. Von ökologischen Motiven ist hier kaum die Rede. Die Nein-Stimmenden fürchteten hauptsächlich die mit der Energiesteuer verbundenen Preiserhöhungen. Viele Befragte nannten dabei explizit den Benzinpreis und den Preis von fünf Franken pro Liter, den die Medien (basierend auf der Botschaft des Bundesrates) im Verlauf der Abstimmungskampagne aufgegriffen hatten. An der Wirksamkeit einer Steuer auf den Verbrauch nicht erneuerbarer Energien wurde damit kaum gezweifelt. Ebenfalls nicht grundsätzlich infrage gestellt wurde die Notwendigkeit von Massnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt. Ein kleiner Teil der Nein-Stimmenden (rund 5%) bezeichnete die Initiative als unnötig. Hingegen schien ein Grossteil der Stimmbevölkerung zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, die zu erwartenden hohen Kosten zu tragen. Interessanterweise war dabei mehr das eigene Portemonnaie gemeint als die Kosten für die Gesamtwirtschaft. Die erhöhten Energiepreise und damit verbundene negative Konsequenzen für die Schweizer Wirtschaft scheinen keine Hauptorgie der Stimmbevölkerung zu sein und wurden verhältnismässig selten erwähnt – trotz aktueller Diskussion um den starken Franken.

Der Widerwille gegen höhere Energiepreise als Folge der neuen Steuer wurde noch verstärkt durch weiterum wahrgenommene Schwachpunkte dieser spezifischen Vorlage. Die Abschaffung der funktionierenden Mehrwertsteuer zugunsten einer neuen Steuer mit schwierig vorherzusehenden Einnahmen wurde weiterum als zu riskant wahrgenommen. Aufgrund der angestrebten Lenkungswirkung der Energiesteuer würde es ohne laufende Steuererhöhungen unvermeidlich zu rückläufigen Staatseinnahmen kommen. Die GLP-Initiative wurde deshalb von auffällig vielen Befragten als «unausgereift» bezeichnet. Die StimmbürgerInnen wollten die etablierte Mehrwertsteuer nicht durch eine neuartige Alternative mit unklarem Ausgang ersetzen und damit regelmässige Einnahmen von gut 22 Milliarden Franken aufs Spiel setzen – oder stetig steigende Energiepreise riskieren. Aufgrund der fiskalpolitisch nicht vollständig absehbaren Auswirkungen der Energiesteuer war die Schweizer Bevölkerung offenbar nicht bereit, das Risiko eines Systemwechsels von solch grosser Bedeutung zu tragen.

Das dritte häufig erwähnte Motiv für eine Ablehnung der Energiesteuer waren die bereits angesprochenen Verteilungswirkungen der neuen Abgabe. Der Ersatz der Mehrwertsteuer durch die Energiesteuer hätte private Haushalte mit tiefem Einkommen finanziell stärker getroffen als besser gestellte Haushalte. Dieser Aspekt der Energiesteuer war während der Abstimmungskampagne – speziell von linker Seite – als wichtiges Gegenargument vorgebracht worden. Insgesamt rund ein Fünftel der Befragten gaben denn auch dieses Argument als Grund für ein Nein an. Dabei können nur kleine Unterschiede zwischen links und rechtsstehenden Personen gefunden werden.⁹ Das Fairness-Argument stiess offenbar über parteipolitische und ideologische Gräben hinweg auf Anklang.

⁹ In der Erstnennung wurde das Gerechtigkeitsargument von SVP- und SP-Wählenden etwa ähnlich häufig genannt, zieht man auch die Zweitnennung mit ein überwiegt das Argument dann aber bei Befragten aus dem linken Lager.

Tabelle 3.4: Energiesteuer – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	%	n	%	n
Ja-Stimmende				
Energieverbrauch reduzieren	23	18	57	44
Energiewende/Klimawandel/Umweltschutz	39	31	90	70
Sinnvoller Umbau des Steuersystems	15	12	32	25
Empfehlungen	4	3	6	4
Allgemein positive Äusserungen/Anderes	19	15	27	21
Total	100	78	211	165
Nein-Stimmende				
Steigende Preise/Gegen neue Steuer	21	182	45	381
Riskanter Systemwechsel	7	62	14	118
Initiative ist nicht umsetzbar/ausgereift	11	95	22	190
Initiative ist unnötig	3	26	5	47
Energiesteuer ist ungerecht/MWST ist gerechter	8	65	22	185
MWST hat sich bewährt/soll nicht abgeschafft werden	10	86	20	172
Negative Folgen für Wirtschaft	3	22	8	65
Problematische Vermischung Lenkungsabgabe	9	80	21	178
Empfehlungen	3	26	4	37
Allgemeine negative Äusserungen	16	138	21	179
Anderes	8	69	12	105
Total	100	852	195	1658

© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Angesichts des überdeutlichen Nein zur Energiesteuer überwiegen auch bei der Abfrage einzelner Argumente die Stimmen derer, welche die Initiative abgelehnt haben. Das erste Argument widerspiegelt deutlich die Stimm motive aus dem vorhergehenden Kapitel. Unter den Stimmenden, welche die Initiative ablehnten, herrschte grosse Unsicherheit bezüglich des Systemwechsels von der Mehrwertsteuer zur Energiesteuer. Fast 70 % der Nein-Stimmenden hegten ernste Zweifel, ob die Energiesteuer die Einnahmelücke tatsächlich schliessen kann, die durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer entstehen würde. Naturgemäß vertrauten die Ja-Stimmenden eher auf die Energiesteuer. Rund zwei Drittel von ihnen gingen davon aus, dass der Systemwechsel nicht mit Einnahmeverlusten einhergehen würde.

Mehr Einigkeit herrschte hingegen bezüglich der Wirksamkeit einer Energiesteuer. Insgesamt zeigt sich eine Mehrheit der Befragten einverstanden mit dem Argument, dass eine Energiesteuer Anreize zum Energiesparen setze und den Umstieg auf erneuerbare Ener-

gien fördere. Bei Befürwortenden war die ökologische Argumentation weitverbreitet (91% einverstanden), und selbst unter Nein-Stimmenden erreichte dieses Argument beinahe eine Mehrheit.

Ein weiteres Argument, das von Befürwortenden der Initiative vorgebracht wurde, bezog sich auf die Auslandabhängigkeit der Schweiz im Bereich Energie. Die Steuer auf nicht erneuerbare Energien, die häufig importiert werden, hätte deren Preis relativ erhöht und einen Umstieg auf einheimisch hergestellte erneuerbare Energieträger gefördert. Hier zeigt sich wieder der zu erwartende Graben zwischen Ja- und Nein-Stimmenden. Erstere schienen dem Argument verringriger Auslandabhängigkeit durchaus etwas abzugewinnen (67% einverstanden), unter jenen, welche die Initiative ablehnten, vermochte das Argument hingegen nur jede/n Dritte/n zu überzeugen.

Die Kostenfrage spaltete das Ja- und das Nein-Lager am deutlichsten. Wie bereits erwähnt, fürchteten die Nein-Stimmenden primär die Preissteigerungen aufgrund der Steuer auf nicht erneuerbare Energien. Obwohl die Auswirkungen auf den Werkplatz Schweiz in den offen gestellten Fragen nach den Gründen für oder wider die Initiative selten erwähnt wurde, befürchtete ein Grossteil der Ablehnenden teurere Energiepreise und entsprechende Folgen für die Schweizer Wirtschaft. Drei Viertel von ihnen zeigten sich mit diesem Kontra-Argument einverstanden. Ganz anders die Befürwortenden einer solchen Steuer: Gerade mal 23% stimmten diesem Argument zu.

Ein interessantes Muster zeigt sich bezüglich des dritten Kontra-Arguments. Die Problematik der Vermischung einer Lenkungsabgabe mit festem Einnahmeziel war offenbar nicht sehr umstritten. Der logische Zusammenhang zwischen sinkendem Verbrauch und sinkenden Staatseinnahmen bei konstantem Steuersatz wurde auch von einer Mehrheit der Ja-Stimmenden nicht infrage gestellt. Trotzdem entschieden sie sich für die Initiative. Im Unterschied zu den Nein-Stimmenden waren sie aber scheinbar bereit, die Kosten und Risiken des Systemwechsels zugunsten der Umwelt zu tragen.

Tabelle 3.5: Energiesteuer – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

Pro-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Die Einnahmen der Energiesteuer gleichen die Ausfälle aufgrund der Abschaffung der Mehrwertsteuer aus.	Total	20	69	11
	Ja	64	22	13
	Nein	15	73	11
Eine Energiesteuer setzt Anreize zum Energiesparen und zum Umstieg auf erneuerbare Energien.	Total	53	42	5
	Ja	91	7	2
	Nein	49	46	5
Die Energiesteuer senkt die Abhängigkeit der Schweiz von Erdöl, Gas und Uran aus dem Ausland.	Total	36	52	12
	Ja	67	27	6
	Nein	33	54	12
Kontra-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Eine Energiesteuer verteuert den Energieverbrauch massiv und schadet damit der Schweizer Wirtschaft.	Total	71	24	6
	Ja	23	75	2
	Nein	75	19	6
Die Energiesteuer ist unfair, weil ärmere Leute stärker belastet werden.	Total	64	29	6
	Ja	30	66	4
	Nein	68	26	7
Sinkt der Energieverbrauch, muss die Energiesteuer immer weiter steigen, sonst drohen Steuerausfälle.	Total	66	22	12
	Ja	54	35	11
	Nein	68	21	12

Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 20% aller Stimmenden (64% der Ja-Stimmenden; 15% der Nein-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument bei, 69% (22% der Ja-Stimmenden und 73% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 11% (13%; 11%) konnten sich nicht entscheiden. Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 995 (gewichtet).
 © Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

3.6 Generelle Haltung zur Energiewende

Im Nachgang der überdeutlichen Ablehnung der GLP-Initiativen wurden Stimmen laut, die diese Abstimmungsklatsche auch als generelle Absage an die Energiepolitik des Bundesrates interpretierten. Das Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050, das einen Netzzuschlag zur Förderung erneuerbarer Energien und mittelfristig den Ausstieg aus der Kernenergie vorsieht, wird in den nächsten Monaten in der vorberatenden Kommission des Ständerats diskutiert. Die Höhe der geplanten Stromabgabe ist dabei ein zentraler Kritikpunkt der Wirtschaft. Bereits vor der Abstimmung im Raum stehende Referendumsdrohungen bekamen durch die deutliche Ablehnung der Energiesteuer zusätzlich Aufwind. Verschiedene Kommentatoren interpretierten die Schlappe der GLP denn auch als «Kollateralschaden für die Energiewende» im Allgemeinen.

Um diese Debatte mit Zahlen zu unterfüttern, wurde die VOX-Umfrage mit einer zusätzlichen Frage nach der generellen Haltung der Befragten zur Energiestrategie 2050 ergänzt.

Grundsätzlich bekennt sich eine Mehrheit der Bevölkerung zur energiepolitischen Stossrichtung des Bundesrates. 58% der Befragten sind entweder sehr oder eher einverstanden mit der aktuell diskutierten Energiestrategie 2050. Rund ein Fünftel zeigt sich skeptisch und nur 8% der Befragten lehnen die Energiestrategie kategorisch ab. Die restlichen 15% sind unentschieden oder gaben keine Antwort auf die Frage, was angesichts der Komplexität der Thematik nicht weiter überrascht.

Mit Blick auf die GLP-Initiative interessiert nun aber primär die Zustimmung zur Energiestrategie innerhalb der Nein-Stimmenden. Diese Verteilung gibt Hinweise darauf, wie stark die Ablehnung der Energiesteuer als allgemeine Absage an die Massnahmen der langfristigen Energiestrategie 2050 gelesen werden kann.

Tabelle 3.6: Generelle Haltung zur Energiewende

Stimmentscheid		Haltung zur Energiestrategie 2050*		
		Einverstanden	Nicht einverstanden	Unentschieden
Nein	n	484	283	106
	%	56	32	12
Ja	n	72	18	12
	%	71	18	11
Total Stimmende	n	556	301	117
	%	57	31	12
Total Nicht-Stimmende	n	239	86	92
	%	57	21	22
Total	n	850	407	219
	%	58	28	15

* Die Aussagen wurden nach Sprache gewichtet.

© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015

Naturgemäß findet die Energiestrategie 2050 unter Befürwortern der GLP-Initiative mehr Anklang als unter Personen, welche die Initiative ablehnten. Trotzdem befürwortet aber eine Mehrheit in beiden Gruppen der Stimmbevölkerung den energiepolitischen Kurs des Bundesrats. 56% der Nein-Stimmenden sind, obwohl sie die Energiesteuer abgelehnt haben, grundsätzlich einverstanden mit der Energiestrategie 2050. In ihrer Haltung zur energiepolitischen Zukunft der Schweiz unterscheidet sich die Gruppe der Nein-Stimmenden somit kaum von der durchschnittlichen Einstellung im Land.

Dieser Befund unterstützt damit eine differenzierte Leseart der Ergebnisse vom 8. März 2015, die sich bereits in den vorhergehenden Kapiteln aufdrängte. Die Energiesteuer wurde primär aufgrund der Unsicherheiten abgelehnt, die mit einem grundlegenden Umbau des Steuersystems einhergehen. Eine Mehrheit der Nein-Stimmenden unterstützt zwar die energiepolitische Stossrichtung des Bundes, stellte sich aber dezidiert gegen einen Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer. Die Lenkungswirkung einer Energiesteuer hätte mittelfristig entweder zu einem Loch in der Bundeskasse oder zu stetig steigenden Energiepreisen geführt. Diesen beiden möglichen Konsequenzen hat das Stimmvolk eine deutliche Abfuhr erteilt. Diese Abfuhr ist aber nicht gleichbedeutend mit einer grundsätzlichen Abkehr vom energiepolitischen Kurs des Bundesrates. Das langfristige Ziel der Energiewende wird mehrheitlich unterstützt, die von der Initiative der Grünliberalen vorgeschlagenen Mittel dazu wurden aber für falsch befunden.